

Braunkohle - NEIN !

Braunkohle im Landkreis Ludwigslust - wir sagen NEIN!

„Braunkohle-Nein“ e.V.

Zum Forsthaus 23
19288 Alt Krenzlin

Tel. : 038754 - 22 883

www.braunkohle-nein.net

vorstand@braunkohle-nein.net

„Braunkohle-Nein!“ e.V., Zum Forsthaus 23, 19288 Alt Krenzlin

Offener Brief

MIBRAG mbH
-Geschäftsleitung-
Wiesenstr. 20

06727 Theißen

Alt Krenzlin, 12.12.2007

Braunkohlevorkommen Lübtheen

Sehr geehrter Herr De Marcus,
sehr geehrte Gesellschafter und Mitarbeiter der MIBRAG mbH,

wie Sie wissen, leben wir Mecklenburger in einer wunderschönen und bisher unzerstörten Natur- und Kulturlandschaft. Unsere Bürger sind für ihre Bodenständigkeit und Heimatverbundenheit bekannt, wir lassen uns nicht von unserer Scholle vertreiben. Aus diesen und anderen Gründen wehren wir uns gegen Ihre Absichten, bei uns einen landschaftszerstörenden und klimaschädlichen Braunkohletagebau betreiben zu wollen.

Die MIBRAG mbH hat bereits im Jahr 1995 öffentlich erklärt, dass ein Braunkohletagebau in Lübtheen nicht gegen den Willen der Öffentlichkeit stattfinden werde, und Sie auf weitere Schritte verzichten, wenn eine klare politische Entscheidung schon gegen die Erkundung der Lübtheener Lagerstätte fällt. Inzwischen haben sich neben der Bevölkerung auch alle politischen Parteien und alle Politiker in M-V sehr klar und eindeutig gegen Ihr Braunkohletagebauvorhaben positioniert, was in dem einstimmigen Beschluss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern in der Plenarsitzung vom 11. Juli 2007 zum Ausdruck gekommen ist. Zuvor haben sich bereits der Kreistag des Landkreises Ludwigslust sowie die Stadtvertretung Lübtheen ebenso klar und eindeutig gegen Ihre Braunkohletagebaupläne ausgesprochen. Sie haben zur Kenntnis zu nehmen, dass diese klaren politischen Entscheidungen, auf die Ihre Erklärungen aus dem Jahre 1995 abzielten, also getroffen worden sind, und wir erwarten nun von Ihnen, dass Sie sich an Ihre öffentlichen Versprechen von damals halten und Ihr Vorhaben, die Braunkohlelagerstätte Lübtheen aufzuschließen, aufgeben.

Stattdessen haben Sie nun beim Verwaltungsgericht Schwerin Klage gegen die Entscheidung des Bergamtes Stralsund, die Aufsuchungserlaubnis nicht zu verlängern, erhoben. Damit setzen Sie sich in Widerspruch zu Ihren oben genannten Versprechen und Ankündigungen. Wir werden Sie an dem messen, was Sie gesagt haben und was Sie tatsächlich tun, und nicht eher Ruhe geben, bis Sie das Braunkohletagebauvorhaben Lübtheen aufgegeben haben.

Es geht Ihnen mit der Klage allein darum, auf Zeit zu spielen und sich eine Option offen zu halten. Wir konstatieren Ihnen, dass Sie es mit dem Wahrheitsgehalt Ihrer Aussagen nicht besonders ernst meinen. Wir haben auch nicht vergessen, dass Sie selbst erklärt haben, dass ein Abbau der Kohle allein aus

energiewirtschaftlicher Sicht nicht lohnenswert ist. Damit haben Sie eingeräumt, dass ein Öffentliches Interesse an dem Aufschluss der Lagerstätte Lübtheen nicht besteht. Allein wegen der besonderen Beschaffenheit der Diatomeenkohle wollen Sie sich die Lagerstätte sichern, um aus dem Verbrennungsrückstand der Braunkohle, der Diatomeenasche, wirtschaftliches Kapital für Ihr Unternehmen zu schlagen. Ihre Anwälte führen hierzu in ihrer Widerspruchsbegründung vom 27.02.2007 aus, dass neben dem Heizwert der Kohle insbesondere eine Nutzung der Asche in der Industrie Anwendung finden könnte.

Weiterhin führen Sie in Ihrer Stellungnahme aus, dass Sie bereits über 400.000 € in die Aufsuchungsbohrungen investiert haben. Durch Ihr unverantwortliches Handeln haben Sie nicht nur Investoren davon abgehalten, hier weiter zu investieren sondern auch die Bevölkerung in einem Maße verunsichert, was so nicht hinzunehmen ist.

Wir werden nicht zulassen, dass die Griese Gegend Ihrem Braunkohletagebauvorhaben zum Opfer fällt und die Griese Gegend zum Wohle der Profitgier Ihrer Investoren unwiederbringlich zerstört wird. Wir fordern sie auf, Ihre Klage gegen das Bergamt Stralsund zurückzunehmen.

Schließen möchten wir mit einem Zitat von Cicero:

„Der Staat wird mit immer größeren Bollwerken bestürmt, da verwegene und verruchte Menschen (oder Firmen) gegen den Staat aufgebracht werden. Die anständigen Bürger kümmern sich oft nicht um die Anfänge eines Unheils und werden erst durch die Unausweichlichkeit wach gerüttelt. Daher wehret den Anfängen.“

Diesem Zitat ist von unserer Seite nichts hinzuzufügen.

Sehr geehrter Herr De Marcus, betrachten Sie dieses Schreiben nicht unbedingt als Kriegserklärung sondern in erster Linie als eine Liebeserklärung an unser Mecklenburg-Vorpommern.

„Verein Braunkohle – Nein!“ e.V.

Kai Hagen
1. Vorsitzender

Karl-Heinz Woelk
2. Vorsitzender

Barbara Schneider
Kassiererin